

Nachrichten

„Klimaschutzziel ist nur ohne Kohlekraftwerke zu erreichen“**Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe erwartet keine Stromlücke und fordert gesetzlichen Schutz vor umweltschädlichen Meilern**

Kreis Stade (ccs) „Wir stehen vor der Entscheidung Kohlekraftwerke oder Klimaschutz“ – auf diesen kurzen Nenner bringt der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Rainer Baake, die Diskussion über die Energieversorgung der Zukunft. Auf Einladung der Grünen war Baake am Donnerstagabend in Stade, wo allein drei der sieben an der Unterelbe geplanten Kohlemeiler entstehen könnten.



Rainer Baake. Foto: Schmidt

Das ehrgeizige Klimaschutzziel von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2020 den nationalen Ausstoß des Treibhausgases CO₂ um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, sei mit neuen Kohlekraftwerken nicht zu erreichen. Baake, seinerzeit Staatssekretär bei den grünen Umweltministern Joschka Fischer (Hessen) und später Jürgen Trittin (Bund), legt zur Untermauerung Zahlen der Bundesregierung zu Grunde: Wenn 2020 in Deutschland eine Stromlücke von 57 Terawattstunden (entspricht 57 Milliarden Kilowattstunden) zu stopfen ist, dürften neue Kraftwerke angesichts der angestrebten CO₂-Obergrenze höchstens 368 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde ausstoßen. Fast genau die Zahl, die moderne Gaskraftwerke erreichen, während Steinkohle fast doppelt so viel CO₂ emittiere. Die 25 geplanten und in Bau befindlichen Kohlekraftwerke würden so viel CO₂ in die Atmosphäre blasen, wie der gesamte Verkehr in der Bundesrepublik. Neue Großkraftwerke auf Kohlebasis, so Baake, würden dem Klimaschutzziel möglicherweise dann gerecht, wenn ihre Abwärme nicht über das Flusswasser oder in Kühltürmen verpuffen würde. Deshalb fordere die Deutsche Umwelthilfe, in ein neues Umweltgesetzbuch die Pflicht zur Kraft-Wärme-Kopplung aufzunehmen. Bei diesem Verfahren wird die bisher überschüssige Kraftwerkswärme für Heizzwecke oder industrielle Produktionsprozesse genutzt. Weitere Gesetzesforderung der DUH: Die Streichung des Rechtsanspruches auf den Bau von Kohlekraftwerken, der derzeit noch im Bundes-Immissionsschutzgesetz verankert ist, und die Einführung von Mindestwirkungsgraden für die mit Fossilbrennstoffen befeuerten Meiler. Eine CO₂-Abscheidetechnik, wie sie vielleicht in zehn Jahren zur Verfügung stehe, würde den Betrieb der Kohlemeiler stark verteuern, schätzt Baake. Eine Stromlücke sei nicht zu erwarten, wenn erneuerbare Energien ausgeschöpft und Stromexporte unterbunden werden. Als Grund dafür, dass einige Konzerne vom Bau neuer Kohlekraftwerke Abstand nehmen, vermutet Baake die geplante vollständige Versteigerung der CO₂-Zertifikate ab 2013 und die damit verbundene Kostenbelastung der Kohlekraftwerksbetreiber. Der Preisdruck auf die Energieerzeuger könnte so steigen, dass bald der Ruf nach verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke ertöne, prophezeit Baake.

Artikel erschienen am: 29.03.2008

 Artikel drucken

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG